

NORD-SÜD-ACHSE

## Höret seine Worte!

Ueli Maurer hat Bedeutendes gesagt, schreibt TITO TETTAMANTI

Bundespräsident Ueli Maurer hat in seiner Eröffnungsansprache zum World Economic Forum in Davos drei bemerkenswerte Dinge gesagt:

»Wettbewerb nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch zwischen den Standorten und eine wetteifernde Vielfalt, eine freiheitliche Ordnung und direkte Demokratie: Das ist das Erfolgsrezept der Schweiz.«

»Wenn die Schweiz heute wirtschaftlich im internationalen Vergleich gut dasteht, haben wir das unserem freiheitlichen Staatssystem zu verdanken. Ich frage mich: Wäre es nicht besser, andere Staaten ließen sich von diesem Erfolg inspirieren, als dass sie unsere Ordnung verunglimpfen und bekämpfen?«

»Der Druck von Mächtigen auf kleine, aber erfolgreiche Konkurrenten gibt mir zu denken.«

Maurers Worte sorgten tagelang für Gesprächsstoff auf den Fluren von Davos. Die Vertreter von kleinen Ländern waren froh, dass endlich mal einer die Wahrheit gesagt hatte, während einige Repräsentanten von großen Staaten sich erstaunt fragten, ob unser Bundespräsident in seiner Rede im Ernst unsere tatsächliche Gefühlswelt wiedergegeben habe.

Die hiesigen Medien waren sich sofort uneins. Man bekam wie oft den Eindruck, dass die Empörten sich nicht im Ausland sondern in der Schweiz befanden. Der Bericht der liberalen *Neuen Zürcher Zeitung* war ausgewogen und im Prinzip wohlwollend. Scharf und sehr negativ hingegen zeigte sich die in einem amerikanischen Sinne liberale *NZZ am Sonntag*, welche die Haltung Herrn Maurers als weiteren Beleg für die grassierende helvetische Unart wertete, Probleme zu verdrängen und in Selbstzufriedenheit zu erstarren.

Hinterfragen wir die Behauptungen des Bundespräsidenten:

Stimmt es, dass wir wirtschaftlich heute besser als die anderen EU-Staaten und die USA dastehen? Natürlich ist das richtig. Das zeigt einem jeder Index, jede Statistik.

Hat die Konkurrenz der Systeme positive Auswirkungen? Diese These wird von fast allen wichtigen ökonomischen Schulen der Welt vertreten. Selbstverständlich nicht von Karl Marx und seinen Nachfolgern. Aber die empirische Evidenz ist eindeutig.

Ist der Druck seitens großer Staaten auf kleine Länder und speziell auf die Schweiz eine reine Erfindung? Man muss schon unverbesserlich naiv sein, um diese Frage zu bejahen. Die Haltung von gewissen US-Behörden gegenüber der Schweiz erinnert an den Tatbestand der Erpressung, die von Deutschland an denjenigen der Hehlerei. Diese Länder neigen dazu, ihre Macht über das geltende Recht zu stellen. Das kannte man übrigens schon im alten Griechenland, als Athen seine Interessen gegenüber der ihnen feindlich gesinnten Insel Melo gnadenlos durchsetzte.

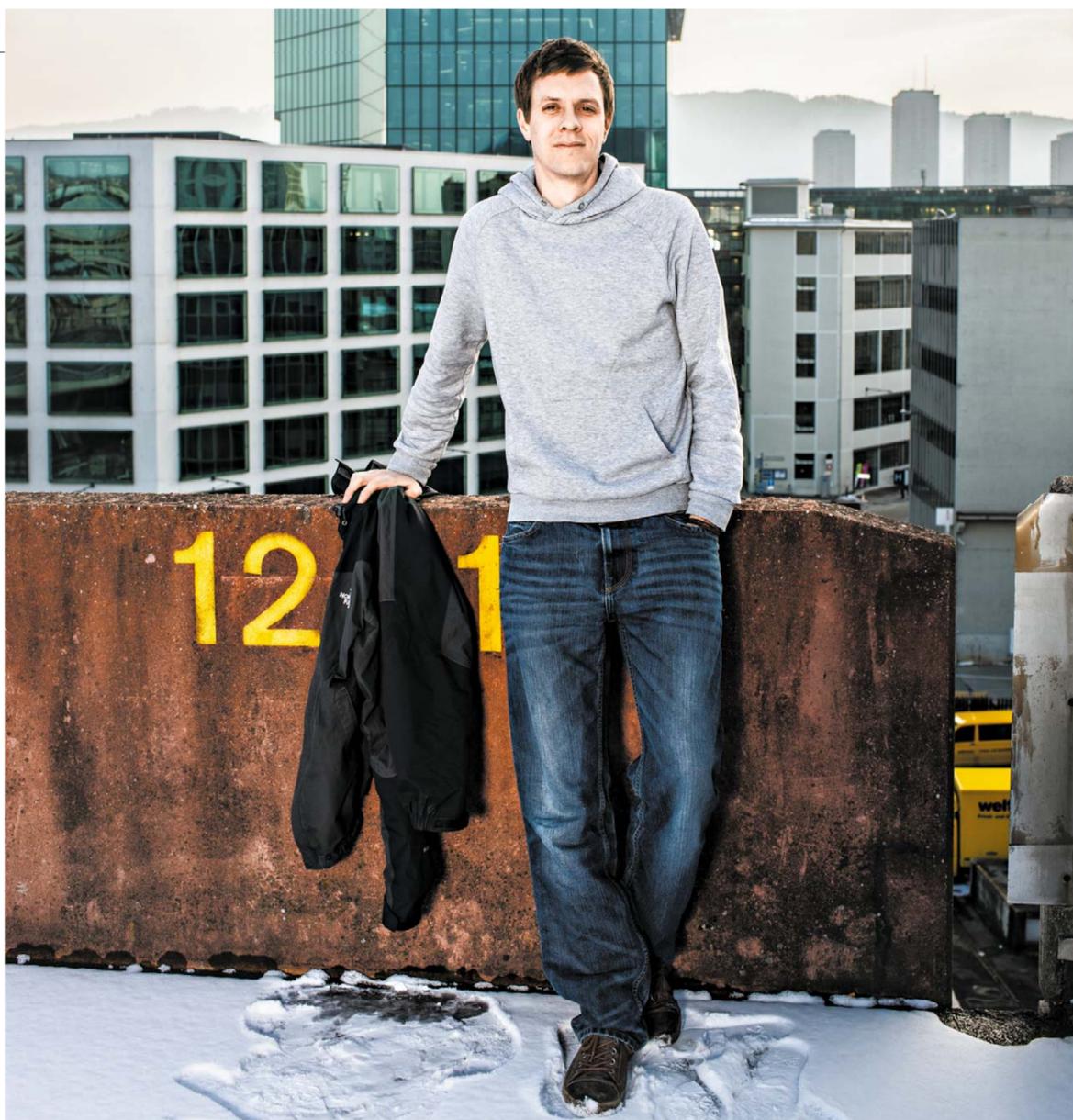
Auf formell weniger brutale Weise ist diese Haltung heute wieder erkennbar. Gebilde wie die G 20 oder die OECD legen Regeln fest und können diese auch durchsetzen, weil keine Gerichtsbarkeit und keine Gerichte bestehen, die ihr Handeln sanktionieren könnten. Man denke nur an ihre grauen, schwarzen und sonstigen Listen.

Dass die Staaten dazu anstiften, Diskreten zu stehlen, und noch dazu die Diebe für ihre Taten finanziell belohnen, stellt sicher kein Vorbild für moralisches Handeln dar. Im Gegenteil, das ist schlimmster Machiavellismus.

Die Fakten, auf die Bundespräsident Ueli Maurer sich in seiner Rede gestützt hat, stimmen also. Aber in der Schweiz meinen viele, es wäre besser, sie nicht zu erwähnen, um nicht arrogant zu erscheinen, weil wir sowieso gezwungen sein werden, das zu tun, was die Großen wollen. Sie meinen, es sei besser, ein duckmäuserischer Verlierer zu sein, als ein geschlagener Kämpfer, der versucht, erfahrene Unrecht nicht einfach nur passiv zu erdulden.

Der britische Historiker Arnold J. Toynbee stellte sich am Ende seiner Analyse von 26 Zivilisationen die Frage: Warum haben einige Völker Erfolg gehabt? Seine Antwort: weil diese Völker gewinnen wollten. Dieser Wille scheint bei der offiziellen Schweiz heutzutage Mangelware zu sein.

Nächste Woche in unserer neuen Kolumne »Nord-Süd-Achse«: die Basler SP-Ständerätin Anita Fetz



Auf der Durchreise für eine gerechtere Schweiz: Marco Kistler, Glarner Land- und Gemeinderat, in Zürich

Foto: Jos Schmid für DIE ZEIT / www.DSschmid.com; klein: Jesper Dijnoh (l.); Thomas Buchwalder

## Der neue Abzocker-Feind

Auch er will Reiche das Fürchten lehren: Marco Kistler, Erfinder der 1 : 12-Initiative VON DENNIS BÜHLER

Nein, mit seinem grauen Kapuzenpullover passt er nicht hierhin. Marco Kistler sitzt ganz vorne im großen Saal des Hotels Glarnerhof und referiert über Glarner Steuerpolitik, die Decke ist stuckverziert, die Vorhänge sind rot und schwer. Neben ihm auf dem Podium sitzt die Politprominenz des kleinen Kantons. Der anwesende Regierungsrat, der Landratspräsident, der Gemeindepräsident von Glarus Süd, alle tragen sie Anzug, Hemd und Krawatte. Bedeutungsschwer ist auch das Thema der Matinée, zu der die sozialdemokratische Partei des Kantons Glarus am vergangenen Samstagmorgen geladen hat. Gerade mal zwanzig Gäste interessieren sich für die kantonale Steuerpolitik. Zum Schluss erinnert Marcos Onkel Thomas Kistler, der Präsident der SP Kanton Glarus, an den kommenden Abstimmungsantrag. Es sei nicht nur über die Abzocker-Initiative zu entscheiden, genauso wichtig seien Raumplanungsgesetz und Familienvorlage. Marco Kistler kann sich für die Abzocker-Initiative wenig begeistern, auch wenn er sie befürwortet. »Ihre Wirkung kommt einem Placeboeffekt gleich«, sagt der schlaksige 28-Jährige. »Initiativ Thomas Minder entstammt demselben Filz, den er jetzt zu bekämpfen vorgibt.«

Viel wichtiger ist Marco Kistler die Initiative, die er vor gut fünf Jahren erfand und über die wohl am 22. September dieses Jahres abgestimmt wird: die 1 : 12-Initiative. Sie fordert, dass der Meistverdienende in einem Betrieb höchstens zwölfmal so viel kassieren darf wie derjenige, der am wenigsten bekommt. Der Chef darf pro Monat also nicht mehr verdienen als die Putzkraft im Jahr. Diese Forderung, sagt Kistler, sei viel wirksamer und einfacher verständlich als die Änderungen im Aktienrecht, die die Abzocker-Initiative mit sich brächte: »Bei ihr versteht die Bevölkerung doch kaum mehr als das Schlagwort.«

### Kistler wird von Neonazis angegriffen – was ihn in seiner Mission bestärkt

Kistler ist einer dieser Menschen, die man gemeinhin mit dem Wort »schwierig« bezeichnet. Er besucht das Gymnasium in Glarus, stört sich an der »autoritären Schulstruktur«, fühlt sich von den Lehrpersonen nicht ernst genommen. Er rebelliert gegen den Lateinunterricht, schreibt Eingaben an den Kantonsschulrat, streitet mit Lehrern und Behörden. Er muss repetieren. Doch immerhin fällt er den Jungsozialisten auf, die in Glarus gerade eine Sektion eröffnen. »Das Glarnerland ist klein«, sagt Kistler. »Jeder Querulant war für die Juso interessant, jeder kritische Geist ein potenzielles Mitglied.«

Im Juni 2007 überfallen rund dreißig aus der ganzen Schweiz angereiste Neonazis das von der jungen Linken organisierte Open Air »für ein buntes Glarnerland ohne Rassismus« im Glarner Volksgarten. Sie treten mit ihren Springertiefeln auf Kistler ein und werfen ihn in einen Brunnen.

Zum Glück wird er kaum verletzt. Aber sein Wille, auf demokratischem Weg gegen die rechte Gewalt zu protestieren, wird durch die Attacke noch verstärkt. Kistler lässt sich in die Geschäftsleitung der Juso Schweiz wählen. An der Seite des umtriebigen Präsidenten Cédric Wermuth steht er für eine Jungpartei, die mit neuer Freude an der Provokation das Rampenlicht sucht. Während der Aargauer Wermuth schon mal am SP-Rednerpult vor laufender Kamera einen Joint anzündet, bleibt der Glarner lieber im Hintergrund. Dort aber macht er mehr als die meisten. »Marco war und ist sehr kreativ, ein wahrer Antreiber«, sagt Wermuth. »Manchmal muss man ihn fast ein wenig bremsen.«

Die Idee zur 1 : 12-Initiative schlägt Kistler an einer Retraite der Juso-Spitze in Neuenburg vor. Seine Mitstreiter sind zuerst nicht überzeugt, die Idee – zuerst noch als 1:10 gedacht – wird nicht sofort verfolgt. »Erst, als sich das Ausmaß der einsetzenden Finanzkrise immer deutlicher abzeichnete, hielten wir den Moment für reif«, erinnert sich Wermuth. Die Linke ist jetzt vom Ansinnen begeistert. Die für die Initiative nötigen Unterschriften kommen problemlos zustande, fast ausschließlich werden sie auf der Straße gesammelt. »Wir konnten uns die Briefmarken für einen Postversand der Unterlagen nicht leisten«, sagt Kistler. Seit der Armeeschaffungs- und der Alpeninitiative habe er keine Vorlage mehr gegeben, schreibt die *WöZ*, die wie die 1 : 12-Initiative »mit dem nötigen Utopiegehalt das gängige Denken sprengen könnte.«

Kistler kennt das Gefühl, wie aus einer visionären Idee auf einmal Realität wird. 2006 sollen aus 25 Glarner Gemeinden zehn werden, da nicht mehr für jede Kommune genügend Behördenmitglieder gefunden werden können. Der Juso geht diese Reform nicht weit genug. Doch selbst ihre Mutterpartei SP traut sich nicht, den Vorschlag, zu drei Großgemeinden zu fusionieren, mitzutragen. Überraschend spricht sich die Glarner Landsgemeinde am 7. Mai 2006 für die entsprechende Einzelinitiative aus. Drei Jahre später wird Marco Kistler mit dem besten Ergebnis des zweiten Wahlgangs in den ersten Gemeinderat der neuen Gemeinde Glarus Nord gewählt. Die Wahlkampfpraktik war denkbar einfach gewesen: An jede Haustür hatten Kistler und seine Mitstreiter ein Post-it-Zettelchen geklebt, auf dem sie zur Wahl aufriefen. Als einziger Linker in der siebenköpfigen Exekutive der Gemeinde mit ihren 17 000 Einwohnern steht er dem Ressort Gesundheit, Jugend und Kultur vor. Sein Soziologiestudium bricht er ab, in der Kommunikationsabteilung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes in Bern arbeitet er mit einem halben Pensum. In manchen Wochen verbringt der Pendler bis zu zwanzig Stunden im Zug.

Seine Aussichten, bald auch in der Bundeshauptstadt zu politisieren, stehen aber nicht zum Besten. Für einen Linken aus einem Kleinkanton sind die Aufstiegschancen klein. Die SP verlor den einzigen Nationalratsstz des Kantons vor vier Jah-

ren nach dem Rücktritt von Werner Marti, dem langjährigen Parlamentarier, der als Preisüberwacher weitherum bekannt war. »Ein Grund für den Erfolg Martis war die Tatsache, dass er in jedem Faschnachts- und Feuerwehrverein aktiv war«, sagt Wermuth. Solche Tätigkeiten lägen Kistler wohl weniger. Dieser sagt selbst: »Ich bin zu wenig zahm und zu wenig anschniegig, um einen Wischiwaschi-Politiker wie den gegenwärtigen Glarner Nationalrat Martin Landolt besiegen zu können.« Der BDP-Politiker ist sein Lieblingsfeind, mit dem er sich etwa in Leserbriefspalten gerne duelliert.

Die 1 : 12-Initiative ist nur ein Anliegen unter vielen, für die sich Kistler einsetzt. Ebenso wichtig seien die Mindestlohn-Initiative, mit der die tiefsten Löhne angehoben würden, sowie die Einführung einer Erbschaftsteuer. Der absehbare Erfolg der Abzocker-Initiative habe den Boden bereitet, auf dem diese gesellschaftspolitisch deutlich wichtigeren Vorlagen gedeihen könnten, hofft Kistler. Der Nationalrat hat die 1 : 12-Initiative im vergangenen September bei Ablehnung empfohlen, der Ständerat dürfte es ihm in der anstehenden Frühjahrssession im März gleichtun. Kistler erwartet, dass Wirtschaftsverbände und bürgerliche Parteien die 1 : 12-Initiative mit allen Mitteln bekämpfen werden. »Sie werden den Leuten weismachen, mit einem Ja für unsere Initiative führten sie den Kommunismus ein.« Stimmt dies, sagt Kistler, wäre die Schweiz in den 1980er Jahren kommunistisch gewesen. Damals nämlich hätten alle Unternehmen ihren Lohn so verteilt, wie es die 1 : 12-Initiative nun fordert: »gerecht.«

### Sein wichtigstes Erfolgsrezept, sagt er, sei es, sich einfach auszudrücken

Steuer- und Finanzpolitik interessieren Kistler am meisten, hier kann er sein ideologisches Feld bestellen. Denn auch wenn die Reichsten des Landes ihre Vermögen in den vergangenen Jahren massiv hätten steigern können, würden bürgerliche Politiker stets behaupten, man könne sich linke Anliegen nicht leisten. Folglich, sagt Kistler, gelte es, die Einnahmeseite zu verändern. Den Steuerwettbewerb, dem sich der Kanton Glarus verschrieben habe, bezeichnet er als »zerstörerisches Rennen nach unten«, die Steuerenkungen als »Kanton-Aldi-Strategie«, die einseitig Kleinverdiener und Mittelstand belastet hätte.

Kistler beherrscht das Spiel auf der politischen Klaviatur. Seit Herbst 2011 beweist er dies auch im Landrat, der kantonalen Legislative, in der er mit angriffigen Reden auf sich aufmerksam macht. Sein wichtigstes Erfolgsrezept, sagt Kistler, sei es, sich einfach auszudrücken. »Die Leute haben in ihren Leben noch anderes zu tun, als ständig den Politikern zuzuhören.« Es sei ein großer Schwindel, der Bevölkerung vorzugaukeln, Politik sei kompliziert. Letztlich gehe es immer um die großen Fragen, etwa jene nach gerechter Verteilung. Eine mögliche Antwort hat Kistler mit seiner Initiative gefunden. Sie könnte ihm helfen, auch national eine Rolle zu spielen.

CAROLINA MÜLLER-MÖHL

## Von Kindern und Kühen

Nutztiere sind uns Milliarden wert. Warum aber Kinder nicht?

Die SVP liebt die Provokation mit drastischen Bildern. In ihrem Kampf gegen den Familienartikel schreckt sie nicht davor zurück, verzweifelte »Staatskinder« hinter Gittern zu zeigen oder die unglücklichen Kleinen mit einer Marke am Ohr zu kennzeichnen. Kinder wie Kühe?

Das hat mich auf die Idee gebracht, die Ausgaben für unsere »heiligen« Kühe zu untersuchen und diese Summe in Relation zu setzen zu den absehbaren Kosten, die mit einer Annahme des Familienartikels entstehen könnten.

Kühe und ihre Besitzer haben ein schönes und wohlsubventioniertes Leben. Direkt zahlt der Staat 900 Franken jährlich für jede Kuh. Gewährt der Bauer dem Tier regelmäßigen Auslauf, und hält er es ökologisch richtig, kommen noch einmal 270 Franken dazu. Das ist aber noch nicht alles: Pro Hektar Land gibt es noch einmal 1200 Franken oder 600 Franken pro Kuh. Jede einzelne glückliche Kuh lassen wir uns also um die 2000 Franken pro Jahr kosten. Und das bei rund 1,6 Millionen dieser wohlgenährten Vierbeiner. Zum Vergleich: In der Schweiz leben rund eine Million Kinder unter 13 Jahren.

Ich habe nichts gegen Kühe, sehr wohl aber etwas gegen die Angstmacherei und die gezielten Übertreibungen, wenn es um Investitionen in eine den veränderten sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnissen angepasste Familienpolitik geht. Die Gegner der Vorlage suggerieren, dass sich der Staat in die Familienangelegenheiten einmische und der Bund flächendeckend Betreuungsplätze für Kinder anbieten müsse. Die Kosten beziffern sie auf vier bis zwölf Milliarden Franken. Woher sie diese Zahlen nehmen, weiß man übrigens nicht. Und die immense Diskrepanz in dieser Schätzung macht deutlich, auf welch wackeligen Füßen die Argumentation steht. Denn selbstverständlich würden auch nach Annahme des Familienartikels nicht sämtliche Kinder in staatlich finanzierten Krippen betreut. Wie sich eine Familie organisiert, ist und bleibt Privatsache.

Ziel des Familienartikels ist es vielmehr, eine Wahlfreiheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen, die bisher eher den Wohlhabenden offensteht, die sich eine private Betreuung ihrer Kinder leisten können. Die Umdeutung des Wortes »fördern« in »subventionieren und zahlen« wird nicht dadurch wahrer, indem sie von den Gegnern gebetsmühlenartig wiederholt wird.

Als überzeugte Liberale müsste mir eigentlich die Vorstellung ein Gräuelpiece sein, dass der Bund quasi Hand an die Familie legt. Die Realität ist aber, dass Familien nur dann eigenverantwortlich über ihr Lebensmodell entscheiden können, wenn sie eine Wahlfreiheit haben – und wenn sich insbesondere Frauen nicht mehr zwischen ihrer Familie und ihrer Karriere entscheiden müssen. Wir können es uns schlicht nicht leisten, dass teuer ausgebildete Topfrauen früh aus dem Arbeitsprozess ausscheiden und keinen Beitrag mehr zur Finanzierung ihrer eigenen Ausbildung und an die Sozialwerke leisten können. Eine Medizinstudentin studiert im Schnitt sechs Jahre lang. Jedes Jahr kostet sie den Staat 50 000 Franken. Wenn sie nach Abschluss des Studiums zur Kinderbetreuung zu Hause bleiben muss und später vielleicht nur 40 bis 60 Prozent arbeiten kann, geht uns teuer investiertes Humankapital verloren.

Große Unternehmen in Deutschland wie etwa Siemens zahlen jungen Eltern eine Unterstützung von monatlich 500 Euro pro Kind, wenn sie frühzeitig aus dem Elternurlaub zurückkehren. 13 000 Anträge gingen im vergangenen Jahr ein. Das zeigt uns, dass nicht nur Unternehmen, sondern auch Gemeinden mit einer guten Betreuungsinfrastruktur neue Bewohnerinnen und Bewohner anlocken und damit ihre Steuereinkünfte erhöhen können.

Nur um Missverständnissen vorzubeugen: Ich habe nichts gegen Familien, die beschließen, dass sich ein Elternteil ausschließlich um die Kinder kümmert. Letztlich aber müssen sie die Wahl haben, das eine zu tun oder das andere zu lassen. Frau wie Mann sollten in Freiheit entscheiden können, ob sie ihr auf Staatskosten erlangtes Wissen der gesamten Gesellschaft zur Verfügung stellen und Befriedigung im Beruf erlangen wollen.

Carolina Müller-Möhl ist Unternehmerin

